

Die notwendigen Vorschriften, mit denen die Umwelt vor weiteren Belastungen geschützt und bereits eingetretene Schäden abgebaut werden sollen, können nur von den Parlamenten und Regierungen erlassen werden. Dabei muß mehr und mehr überregionales, ja übernationales Denken an Raum gewinnen.

Die Erkenntnis, daß Umweltschutz an Länder- und Staatsgrenzen nicht haltmachen darf, kann uns in Nordrhein-Westfalen aber nicht daran hindern, wenigstens für unser Land alles zu tun, was in der Landeskompetenz möglich ist und zugleich übergreifende Lösungen weiterhin zu suchen. Das bedeutet auch, daß die Landesregierung weiterhin über den Bundesrat versuchen sollte, die volle Bundeskompetenz für Umweltschutz anzustreben.

In jedem Fall können nur strenge Regelungen und in der Folge auch die strikte Überwachung ihrer Einhaltung gewährleisten, daß der natürliche Lebensraum der Menschen erhalten bleibt.

F.D.P.: Umweltbewußtsein in der Öffentlichkeit künftig noch weiter stärken

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Abgeordnete Werner Helbig:

Zielkonflikte zwischen Umweltpolitik und Wirtschaftsentwicklung sind immer wieder unvermeidbar. Entscheidend ist, daß diese Konflikte rechtzeitig erkannt werden und nicht wie in der Vergangenheit erst, wenn es zu spät ist und die Auswirkungen nur noch schwer zu beseitigen sind. Gerade die öffentliche Hand sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen: Alle Planungsentscheidungen staatlicher Stellen müssen auf ihre Umweltverträglichkeit überprüft werden.

Der Konflikt von Umwelt auf der einen und Technik und Wirtschaftsentwicklung auf der anderen Seite ist nicht unlösbar. Nach meinen Beobachtungen hat die Wirtschaft die Herausforderung des Umweltschutzes erkannt und weitgehend auch angenommen. Es kommt jetzt darauf an, daß auch Wissenschaft und Forschung sich verstärkt auf die Entwicklung neuer, umweltfreundlicher Verfahren und Technologien konzentrieren. Es ist völlig klar, daß Forderungen nach Umweltverträglichkeit im industriellen Produktionsbereich Neuinvestitionen erforderlich machen. Gleichzeitig stellen sie Kostenfaktoren dar, wobei auch offensichtlich ist, daß diese Kosten nicht alleine von der Industrie getragen werden können.

Die sozial-liberale Bundesregierung hat dem Umweltschutz einen politischen Vorrang eingeräumt. Die Gesamtheit aller vorhandenen gesetzlichen Regelungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes sowie die in der parlamentarischen Beratung befindlichen Gesetzentwürfe bildet ein wirksames Instrumentarium zur Sicherung unserer Umwelt. Wenn es dem Bundesgesetzgeber in der Zukunft gelingt, auf dem Gebiet des Umweltschutzes bundeseinheitliche Lösungen zu erreichen, erledigt sich auch das Problem der Verlagerung von Industriebetrieben in Bundesländer mit weniger scharfen Umweltschutzauflagen.

Porträt der Woche

Mit der Kandidatur in einem der schwierigsten Wahlkreise für die CDU im Norden von Essen begann für Dr. Wilfried Helmes der Weg in die nordrhein-westfälische Landespolitik. Erst beim zweiten Anlauf 1970 gab ihm die Partei die für den Einzug in das Düsseldorfer Landesparlament notwendige Absicherung auf der Landesliste dazu. Fast scheint es, als ob die politischen Klippen auf seiner Laufbahn immer wieder geradezu Voraussetzungen des Erfolges waren.

Nach einer risikoreichen Kraftprobe mit dem rheinischen CDU-Landesvorstand und den Sozialausschüssen in der offenen Kontroverse um die Ablösung eines CDU-Sozialsekretärs in Essen wurde Dr. Helmes zum Mitglied des CDU-Landespräsidiums gewählt — „zu meiner eigenen und vieler anderer Leute Überraschung“, wie er meint. In einer Kampfabstimmung innerhalb der Essener CDU wurde er vor einem Monat Oberbürgermeisterkandidat für die nächste Kommunalwahl — gerade mit der Unterstützung von Sozialausschuß-Mitgliedern, die vor einem Jahr noch seine Gegner gewesen waren.

Eine Schlüsselposition — wenn auch ein wenig abseits vom Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit — ist Dr. Helmes auch im Landtag zugefallen. Als Vorsitzender der gemeinsamen „Arbeitsgruppe Bau“ des Kultur- und des Finanzausschusses hat er die parlamentarischen Entscheidungen über die Verteilung der Baugelder des Landes im Bereich von den Hochschulen bis zu den Kirchen vorzubereiten. Auf diesem Arbeitsfeld hat der jetzt 46-jährige Abgeordnete seine wichtigsten parlamentarischen Debattenbeiträge geliefert zur Hochschulplanung, zum Antrag der CDU auf Auflösung der landeseigenen, aber privatrechtlich selbstständigen Hochschulbaugesellschaft und zur Erwachsenenbildung.

Mit einem Unterton von Bedauern spricht Helmes darüber, daß er daneben als stellvertretendes Mitglied im Ausschuß für Jugend, Familie und politische Bildung nur noch mit begrenzter Kraft weiterarbeiten kann. Dabei war gerade die Jugendpolitik für ihn die vertrauteste Aufgabe. Der ehemalige Landesvorsitzende des Bundes der deutschen katholischen Jugend und Diözesanjugendführer des Bistums Köln war von 1961–63 Vorsitzender des Landesjugendrings von Nordrhein-Westfalen. 1964 berief ihn das Bistum Essen als Referenten für Erwachsenenbildung.



Dr. Wilfried Helmes (CDU)

Nach dem Studium in Köln (Deutsch, Geschichte, Geographie und Philosophie) hatte der gerade jung verheiratete Dr. Helmes aber schon einen ersten rein politischen Arbeitsabschnitt hinter sich gebracht. Zwei Jahre lang arbeitete er als CDU-Kreisgeschäftsführer in Opladen. Die Kenntnis dieser „Basisarbeit“ — längst bevor der Begriff in Mode kam — scheint nicht nur den Aufstieg des erst 1964 nach Essen zugezogenen CDU-Mitglieds Helmes zum Vorsitzenden eines der wichtigsten rheinischen Kreisverbände seiner Partei in knapp fünf Jahren entschieden zu haben. Sie hat ihm wohl auch zu dem notwendigen Selbstbewußtsein verholfen, mit dem er den aufsehenerregenden Präzedenzfall um die Aberufung des Sozialsekretärs Vorbrücken im vergangenen Jahr ohne Schaden für die CDU und für seine eigene politische Zukunft durchstand.

Helmes selbst meint freilich, Stehvermögen habe er schon im Elternhaus lernen müssen. Sein Vater hatte es als bewußt gegen die Nationalsozialisten eingestellter Lehrer in Haan sehr schwer gehabt. Die Hitlerjugend schrieb aus politischen Gründen auch dem Sohn dieses Lehrers in die Papiere, daß er für ein Hochschulstudium im Deutschen Reich unwürdig sei.

Das künftig doppelte politische Engagement als Landtagsabgeordneter in Düsseldorf und als Oberbürgermeister-Kandidat in der Essener Kommunalpolitik wird Helmes nicht nur noch häufiger von seiner Familie (drei Söhne und eine Tochter zwischen 18 und 10 Jahren) fernhalten. „Ich werde mich auch in meinem Beruf beurlauben lassen müssen, — aber nur vorübergehend“, sagt Helmes. „Ein Berufspolitiker will ich nicht werden.“

Peter Weigert